

Emil Souleimanov

Der Konflikt um Berg-Karabach

Der vorliegende Beitrag befasst sich zunächst mit den Ursachen des aserisch-armenischen Konflikts um Berg-Karabach und seiner Dynamik und geht dabei insbesondere auf die Entstehung des Nationalismus beider Völker ein. In einem zweiten Teil wird der Einfluss internationaler Akteure auf den Konflikt kurz dargestellt. Abschließend werden im dritten Teil sowohl militärische Optionen als auch friedliche Wege zur Beilegung des Konflikts erörtert, wobei die Bemühungen der OSZE als Vermittler besondere Berücksichtigung finden.

Die Hintergründe des Konflikts

Kaum einer ahnte beim Ausbruch des so genannten armenisch-tatarischen Krieges¹ im Jahre 1905, dass dieser zu neuen interethnischen Spannungen im Kaukasus führen würde, die noch 100 Jahre später Nachwirkungen haben sollten. Die Zusammenstöße, die damals im ölreichen Baku begannen und mehr oder weniger spontan auf diejenigen Gebiete übergriffen, die von Armeniern und Aseri gemeinsam besiedelt wurden, hatten generell sozioökonomische Ursachen. Die in ihrer großen Mehrheit armen Aseri ließen sich von den russischen Gouverneuren in klassischer „Teile-und-herrsche“-Manier dazu provozieren, ihre Nachbarn zu überfallen, wohlhabende armenische Handwerker und Kaufleute, die sie als skrupellose Ausbeuter empfanden. Nach rund 1.000 Jahren friedlicher Koexistenz forderten diese ersten gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den beiden ethnischen Gruppen nun beinahe 10.000 Opfer.

Es war ein historischer Wendepunkt. Der erstarkende armenische volksrevolutionäre Nationalismus, der nach den Pogromen von 1894-1896 allmählich ausgeprägt antiosmanische Züge annahm, wurde nun um das Feindbild des „Aseri-Türken“ bereichert und erhielt ein dauerhaft antitürkisches und antiislamisches Profil. Nach dem Massaker bzw. dem Völkermord² an den

1 Anders als die Armenier, die schon immer über eine deutlich ausgeprägte ethnische Identität verfügten, gab es stets eine gewisse Unsicherheit bei der Bestimmung der ethnischen Identität und Selbstwahrnehmung der heutigen Aseri, wie es auch bei anderen Turkvölkern der Fall war. In der jüngeren Geschichte werden sie als aserbajdschanische/transkaukasische Tataren (Zarenzeit), Türken (teilweise Eigenbezeichnung; offizielle Bezeichnung in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts), Muslime (teilweise Eigenbezeichnung; offizielle Bezeichnung von 1918-1936) und Aserbajdschaner (1918-1920, 1936/1937 bis heute) bezeichnet.

2 Nach Überzeugung der Armenier handelte es sich bei den Massakern, bei denen 1915 ca. 1,5 Millionen Armenier im Osmanischen Reich getötet wurden, um einen geplanten Völkermord. Ankara hingegen weist den Begriff „Völkermord“ offiziell zurück, gesteht aller-

Armeniern im Jahre 1915 strömten Zehntausende verzweifelter und aufgebrachter Flüchtlinge ins russische (Ost-)Armenien, dessen Einwohner jedoch zu mindestens einem Drittel ethnische Aseri waren, denen traditionell das fruchtbare Ackerland gehörte. Der geringste Anlass reichte nun aus, einen erneuten armenisch-aserischen Konflikt zu entzünden. In der Folge der beiden russischen Revolutionen und komplizierter regionaler Entwicklungen entstand 1918 die Unabhängige Armenische Republik, die von Ultrationalisten der Partei der Daschnaken regiert wurde. Diese begannen schon bald massiv gegen die aserische (und türkische) Bevölkerung in der Republik vorzugehen, was durch den Einfall türkischer Truppen unter Kazim Karabekir Pascha in Armenien während des armenisch-türkischen Krieges (1920) noch weiter verstärkt wurde. Ethnisch motivierte Morde und ethnische Säuberungen forderten Tausende zumeist turkstämmige Opfer, die der Unterstützung ihrer türkischen Landsleute bezichtigt wurden und zu Zehntausenden fliehen mussten.³ Zu diesem Zeitpunkt erhielt der bis dahin ethnische Konflikt eine territoriale Dimension, als zwischen den gerade erst entstandenen Republiken Armenien und Aserbaidschan ein blutiger Krieg (1919-1920) um eine Reihe umstrittener Gebiete mit gemischt armenisch-aserischer Bevölkerung ausbrach, nämlich Sangesur, Nachitschewan und eben Karabach. Durch den Bürgerkrieg, der dem Karabach-armenischen Aufstand gegen Baku im Jahre 1918 folgte, aber auch durch Hunger und Epidemien verlor Karabach ein Fünftel seiner Bevölkerung.

Der Krieg, in dessen Verlauf beide Seiten jeweils kurzzeitige Erfolge erringen konnten, endete erst mit der Besetzung Aserbaidschans und später auch Armeniens durch die 11. Rote Armee im Jahr 1920 bzw. 1921. 1921 zwang die Zentralregierung in Moskau den Führer der aserischen Kommunisten, Nariman Narimanow, der Übergabe – oder aus armenischer Sicht der Rückgabe – von Nachitschewan, Sangesur und Karabach an Armenien zuzustimmen. Kurz darauf widerrief Narimanow jedoch seine Zustimmung und einige Monate später verpflichtete sich die Führung in Moskau im sowjetisch-türkischen Vertrag „Über Brüderlichkeit und Freundschaft“ (Moskauer Vertrag von 1921), Karabach und Nachitschewan nach vergeblichen Protesten der Armenier an Aserbaidschan zu geben. In den Jahren 1923 bis 1924 entstand so innerhalb der Aserbaidschanischen Sozialistischen Sowjetrepublik eine völlig neue Gebietseinheit, die es nie zuvor gegeben hatte: der Autonome Be-

dings ein, dass der Tod von bis zu 300.000 Armeniern z.T. auf die von den Jungtürken organisierten Deportationen, z.T. aber auch auf den Bürgerkrieg zurückzuführen ist, der zu jener Zeit in Anatolien herrschte; gleichzeitig verweist Ankara auf eine ebenso hohe Zahl von Opfern unter der türkischen Zivilbevölkerung. Türkische Quellen machen hierzu sehr unterschiedliche Angaben.

3 Im 20. Jahrhundert (in den 20er Jahren sowie 1947 und 1965) mussten weitere Zehntausende ethnischer Aseri Armenien verlassen und flohen nach Aserbaidschan. Gleichzeitig wurden die ursprünglich mehrheitlich aserisch-türkischen Ortsnamen im Gebiet des heutigen Armenien armenisiert bzw. aus armenischer Sicht rearmenisiert. Daneben wurden die meisten archäologischen Zeugnisse aserisch-türkischer Besiedlung in Armenien zerstört.

zirk Berg-Karabach (russisch: Nagornyj Karabach), der ungefähr die Hälfte des historischen Territoriums von Karabach umfasste und in dem über 90 Prozent der Einwohner Armenier waren.

Moralische Argumentation beider Seiten

Das Tauwetter der späten 1980er Jahre beendete eine weitere Periode friedlicher Koexistenz zwischen Armeniern und Aseri innerhalb und außerhalb Berg-Karabachs, die es trotz eines gewissen Misstrauens und aller Spannungen doch noch immer gab. Gewalt in der aserisch-armenischen Vergangenheit wurde von der offiziellen sowjetischen Ideologie der „Völkerfreundschaft“ strikt tabuisiert und nie öffentlich debattiert. Außerdem stellte die Nähe der Kulturen und Traditionen sicher, dass es im alltäglichen Kontakt zwischen den Volksgruppen kaum zu Konflikten kam, was allein schon die relativ hohe Zahl ethnisch gemischter Ehen zeigt.

In den letzten Jahre der maroden Sowjetunion versuchte die örtliche Intelligenzija zunehmend, eine neue, von den ideologischen Klischees der Sowjetzeit befreite nationale Identität zu schaffen. Da jedoch gleichzeitig der Konflikt wieder eskalierte, ging die ersehnte „Wiederentdeckung der Nation“ Hand in Hand mit der Episierung des Konflikts und der Konstruktion des Bildes vom „Erzfeind“, so dass die Idee der „nationalen Wiedergeburt“ als solche unmittelbar mit der Frage nach dem Besitzerhalt Karabachs (aus Sicht der Aseri) bzw. der Rückgewinnung Karabachs (aus armenischer Sicht) verbunden war. Das erklärt, warum es sich grundsätzlich und weitgehend auch um einen Identitätskonflikt handelt. Für Armenier wie für Aseri wurde die Verteidigung ihres ausschließlichen und unzweifelhaften „historischen Rechts“ auf Karabach und die ethno-politische Herrschaft über das Gebiet zum zentralen Element der postsowjetischen „Wiederherstellung von Gerechtigkeit“.

In der armenischen traditionellen Geschichtsschreibung umfasst die Geschichte der autochthonen ethnischen Gemeinschaft der Armenier 3.000 Jahre. Aseri gelten im Gegensatz dazu als Nachfahren „unzivilisierter“ turkstämmiger Nomaden, die vor noch nicht allzu langer Zeit „irgendwo aus dem Altai“ kamen und daher als „Gäste“ keinen moralischen Anspruch auf ein eigenes Gebiet im Kaukasus haben. Die kriegerischen Fürstentümer von Berg-Karabach (oder auf Armenisch: Arzach) wurden für die Armenier – denen der endgültige Verlust staatlicher Souveränität mit dem Untergang des Königreichs Kilikien im Jahre 1375 noch immer in schmerzlicher Erinnerung ist – zum einzigen historischen Teil des so genannten „Großarmenien“, „in dem die Tradition nationaler Souveränität bis ins Spätmittelalter ungebrochen

blieb“.⁴ Auch in den Jahren 1919 bis 1920 wurde die „unbezwingbare Festung“ Berg-Karabach trotz beachtlicher militärischer Erfolge des Gegners nie ganz erobert. Selbst die Errichtung des aserisch-türkischen Khanats Karabach Mitte des 18. Jahrhunderts wird in der Überlieferung als das Resultat (feudalen) Brudermords und Verrats unter Armeniern dargestellt.

Auf aserischer Seite wird seit einigen Jahren das Bestreben deutlich, die Anwesenheit der Turkvölker im Gebiet des Südkaukasus vom allseits angenommenen 11. Jahrhundert (Seldschuken-Theorie) auf das 6. oder 7. Jahrhundert (Chasaren-Theorie) „zurückzudatieren“. Nach einer anderen, der „albanischen Theorie“, die offenbar Eingang in die heutige offizielle aserbajdschanische Staatsdoktrin gefunden hat, war das Gebiet Karabach integraler Bestandteil des Staates der kaukasischen Albaner, eines autochthonen kaukasischen Volkes, das islamisiert und später von einwandernden Turkstämmen turkisiert wurde und daher eine wichtige Rolle in der Ethnogenese der Aseri spielte. Nach dieser Auffassung waren die Karabach-Armenier ursprünglich (kaukasische) Albaner, die im frühen Mittelalter von den Armeniern gregorianisch-armenisch christianisiert wurden. Als Nachkommen der dortigen Mehrheit der Albaner (und dort siedelnder Turkstämme) hätten die Aseri ein naturgegebenes Recht auf Karabach, das „seit undenklichen Zeiten“ integraler Bestandteil türkischer (aserischer) Staaten gewesen sei.⁵ Zeitgenössische aserische Historiker führen ebenfalls an, dass Petersburg nach der (russischen) Eroberung der Region (1801-1828) die Umsiedlung Hunderttausender türkischer und persischer Armenier in die Khanate Jerewan und Nachitschewan (deren Territorium heute zunehmend als „Westaserbajdschan“ bezeichnet wird), die Jahrhunderte lang von Khanen und Begs, die der aserischen Mehrheit angehörten, regiert worden waren, betrieb, um so eine „armenische Provinz“ zu errichten. Weitere Zehntausende von Armeniern vor allem aus Persien wurden im Gebiet des ehemaligen Khanats Karabach angesiedelt. So entstand später der Mythos von den Armeniern als „heimtückische und undankbare Gäste“.

4 Patrick Donabedian, *Ancient and Medieval Karabakh*, in: Christopher J. Walker (Hrsg.), *Armenia and Karabakh: The Struggle for Unity*, London 1991, S. 79 (dieses und alle weiteren Zitate aus fremdsprachigen Quellen sind eigene Übersetzungen).

5 Die zunehmend populäre Ideologie des Turkismus begründet den Anspruch, wichtige Regionalstaaten, die ursprünglich von lokalen Turkstämmen oder -dynastien wie den Seldschuken, Ak Koyunlu, Kara Koyunlu, Safawiden, Afscharen oder Qajaren gegründet bzw. regiert wurden, als „aserisch“ zu bezeichnen. Heute trifft man daher relativ häufig auf Bezeichnungen wie z.B. „der aserbajdschanische Staat der Qajaren“. Diese Sichtweise ermöglicht es den Aseri zudem, die Herrschaft über Karabach dauerhaft für sich zu beanspruchen, indem sie z.B. behaupten, das Khanat Karabach habe zu Beginn des 19. Jahrhunderts zum aserbajdschanischen Staat der Qajaren gehört, womit sie den Vasallenstatus gegenüber Persien leugnen.

Chronologie der Eskalation

Das ideologische und machtpolitische Vakuum, das mit dem Niedergang der Sowjetunion immer deutlicher zutage trat, sowie die Unfähigkeit bzw. der Unwille der Zentralregierung, Konflikte zu verhüten, führten zu einem Vertrauensverlust gegenüber den lokalen sowjetischen Organen und parallel dazu zur Entstehung nationalistischer Vereinigungen (der Aserbaidshianischen Volksfront bzw. des Karabach-Komitees in Armenien), denen die Karabach-Frage eine willkommene Gelegenheit war, sich zu profilieren und letztendlich an die Macht zu gelangen. Die Rhetorik der Nationalisten, ihr Bemühen, „wahren Patriotismus“ zu demonstrieren, ihre Hingabe an die nationalen Interessen und ihre Entschlossenheit, diese (im Gegensatz zu den lokalen kommunistischen Parteibossen, die traditionell auf Moskau blickten) auch durchzusetzen, ließ nur wenig Raum für Verhandlungen und Kompromisse.

Die Unzufriedenheit der Karabach-Armenier mit der Politik der schrittweisen Aserbaidshianisierung des Autonomen Gebiets korrespondierte gegen Ende der 1980er Jahre nicht nur mit dem Lobbyismus der armenischen Intelligenzija im Kreml, sondern wurde von diesem noch zusätzlich angeheizt. Die armenischen Intellektuellen gründeten das Karabach-Komitee, das sich die Aufhebung des „Beschlusses von Josef Stalin“, Karabach und Nachitschewan Aserbaidshian zuzuschlagen, zum Ziel gesetzt hatte.⁶ In der Atmosphäre eines in nie zuvor gekanntem Ausmaß anwachsenden Nationalismus gewannen auch nebensächliche Probleme, wie z.B. Bakus Weigerung, armenische Geschichte in die Lehrpläne der Schulen in Karabach aufzunehmen, fundamentale Bedeutung: „Ein zunächst geringfügiges und konkretes Anliegen wird im Zuge der schmerzvollen Geschichte einer eskalierenden Auseinandersetzung schnell von hochtrabenden und allumfassenden Positionen verdrängt und stößt bei der anderen Seite auf grundsätzliche Intoleranz.“⁷ Unmittelbarer Auslöser des Konflikts waren Zusammenstöße im Dorf Tschardakli im Norden Berg-Karabachs. Die Mehrheit der dort ansässigen Armenier hatte sich geweigert, die Ernennung eines Aseri zum Leiter einer Sowchose zu akzeptieren. Die Nachricht gelangte rasch nach Eriwan, wo sich ursprünglich zum Thema Umweltschutz stattfindende Demonstrationen mit Tausenden von Teil-

6 Laut der letzten sowjetischen Volkszählung aus dem Jahr 1989 bestand die Bevölkerung Berg-Karabachs zu 76,9 Prozent aus Armeniern (in absoluten Zahlen: 145.500); Aseri machten 21,5 Prozent aus (40.600) und lebten vorwiegend in der Stadt Schuscha/Schuschi (Schuscha ist der aserische, Schuschi der armenische Name) und deren Umgebung. Gegenüber der vorangegangenen Volkszählung hatte sich der Anteil der Aseri damit erheblich erhöht. In Nachitschewan machten die Aseri nach der Vertreibung der Armenier in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts beim Zerfall der Sowjetunion interessanterweise fast 100 Prozent der Bevölkerung aus. Die Angst, „dasselbe Schicksal wie die Nachitschewan-Armenier zu erleiden“, die von den Aktivisten in Eriwan noch geschürt wurde, war ein wesentlicher Faktor bei der Mobilisierung der Karabach-Armenier. Viele Armenier haben die heutige Situation nie akzeptiert; 1936, 1947 und 1965 ergingen daher Appelle an Moskau, Karabach wieder an Armenien anzuschließen.

7 Dean Pruitt/Jeffrey Rubin, *Social Conflict: Escalation, Stalemate and Settlement*, New York 1986, S. 64.

nehmern in Windeseile in Demonstrationen zur Unterstützung der „Wiedervereinigung mit Arzach“ verwandelten, deren Teilnehmerzahl gleichzeitig erheblich answoll. Schon bald begann die Vertreibung ethnischer Aseri (sowie einiger muslimischer turksprachiger Kurden) aus Armenien und Karabach, begleitet von Gewalt und Plünderungen. Am 26. Februar 1988 gelangten erstmals Berichte über blutige Auseinandersetzungen, bei denen in der Nähe von Agdam zwei aserische Jugendliche getötet worden waren, an die Öffentlichkeit. In den folgenden drei Tagen verübten aserische Flüchtlinge aus Armenien und – angeblich vorzeitig aus der Haft entlassene – Kriminelle Pogrome gegen die armenische Bevölkerung in der nahe Baku gelegenen Stadt Sumgait, in die von sowjetischen Soldaten sträflicherweise nicht eingegriffen wurde. Die Ereignisse von Sumgait ließen die Gespenster der Vergangenheit lebendig werden und passten perfekt zu den neuen ideologischen Konstrukten der armenischen Nationalisten, den Pionieren der Karabach-Bewegung. Ein weiteres Tabu wurde bereits am 24. April desselben Jahres gebrochen, als auf einer Massenveranstaltung in Eriwan, auf der seit 1965 in jedem Jahr des Völkermords an den Armeniern gedacht wird, die „Aseri-Türken“ öffentlich mit den osmanischen Türken gleichgesetzt wurden. Die Armenier sahen sich in der Überzeugung bestärkt, sich verteidigen zu müssen, und begannen mit Unterstützung der armenischen Diaspora nun unverzüglich mit der Aufstellung eigener Streitkräfte.

In den Jahren 1989-1990 eskalierte der Konflikt: Bewaffnete Zusammenstöße in Berg-Karabach und umliegenden Regionen nahmen zu, die Zahl der Opfer stieg. Bewaffnete Armenier und Aseri griffen sogar dort stationierte sowjetischen Truppen an oder verhandelten mit deren Kommandeuren, um sich Waffen und Munition zu beschaffen. Am 28. November 1989 schaffte Moskau die Direktverwaltung des Autonomen Gebiets durch die Zentralregierung, die rund ein Jahr zuvor errichtet worden war, wieder ab und dokumentierte damit seine Unfähigkeit, den eskalierenden Konflikt in den Griff zu bekommen. Am 1. Dezember erklärte der Oberste Sowjet der Armenischen SSR Berg-Karabach einseitig zu einem Teil der Republik.

Die Ereignisse in Karabach wurden zur Mobilisierung sowohl der armenischen als auch der aserischen Öffentlichkeit benutzt. In Armenien entstand durch die Vereinigung des Karabach-Komitees mit anderen nationalistischen Gruppen die Armenische Allnationale Bewegung (AAB), die aus den Parlamentswahlen im Mai 1990 als stärkste Partei hervorging.⁸ In Aserbaidtschan hingegen hielten die Spannungen zwischen dem alternativen Machtzentrum der immer populärer werdenden Aserbaidtschanischen Volksfront unter dem Vorsitz des pantürkischen Nationalisten Abulfas Eltschibej und der offiziellen prosowjetischen kommunistischen Regierung unter der Leitung von Ajas

8 Nachdem der Führer der AAB, Lewon Ter-Petrosjan im August 1990 Vorsitzender des armenischen Obersten Sowjets geworden war und im Oktober 1991 mit überzeugender Mehrheit die Präsidentschaftswahlen gewonnen hatte, nahm die Macht der Kommunisten zusehends ab.

Mutalibow an. Vom 11. Januar 1990 an organisierte die Volksfront in Baku Massenproteste, an denen Hunderttausende Demonstranten teilnahmen und der aserbaidischen Regierung in der Karabach-Frage Untätigkeit vorwarfen; bei diesen Demonstrationen wurden auch bereits Forderungen nach Unabhängigkeit laut. Am 13. und 14. Januar attackierte eine fanatisierte Menschenmenge dort lebende Armenier, ohne dass die anwesenden sowjetischen Soldaten eingriffen; dabei kamen rund einhundert Menschen ums Leben. Die sowjetischen Streitkräfte nahmen das Massaker zum Anlass, am 20. Januar Baku zu stürmen. Dabei wurden über 130 aserische Zivilisten erschossen und mehrere Hundert schwer verletzt.

Mit der plötzlichen Auflösung der Sowjetunion war auch das letzte Hindernis für die endgültige Eskalation des Konflikts aus dem Weg geräumt. Während es den Armeniern in den letzten Jahren der Sowjetherrschaft gelungen war, eine kampfbereite Armee aufzubauen, hatte der Machterhalt der Kommunisten in Baku ähnliche Versuche erfolgreich unterbunden. Am 31. August 1991, noch in der Euphorie nach dem Fiasko des kurz zuvor gescheiterten Putschversuchs kommunistischer Hardliner in Moskau, erklärte Aserbaidschan seine Unabhängigkeit. Am 2. September erklärten sich auch die Karabach-Armenier für unabhängig, was sie mit einem eilig organisierten Referendum unermüdeten, in dem sich 99 Prozent der (armenischen) Bevölkerung für die volle Souveränität aussprachen. Das aserbaidische Parlament hob im Gegenzug die Autonomie Karabachs auf, was jedoch keinerlei Einfluss auf die weitere Entwicklung hatte.

Bereits im Winter 1991/1992 brach der Krieg in vollem Umfang aus. Bei der Einnahme der an der strategisch wichtigen Autobahn von Stepanakert, der Hauptstadt Karabachs, nach Agdam gelegenen und von Aseri bewohnten Stadt Chodschali in der Nacht vom 25. auf den 26. Februar 1992 kam es zu brutalen Folterungen, Vergewaltigungen und Hinrichtungen, bei denen 613 der 8.000 Einwohner ums Leben kamen und mehr als 1.000 verletzt wurden, zumeist Frauen, Kinder und Alte.⁹ „An der Eroberung von Chodschali und den darauf folgenden Angriffen auf andere aserische Städte und Dörfer nahmen ganze Einheiten des 366. Regiments der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) teil, obwohl deren eigentliche Aufgabe theoretisch darin bestand, großangelegte gewaltsame Konfrontationen zu verhindern.“¹⁰ Die gro-

9 Der 26. Februar ging als Tag des Völkermords von Chodschali in die Annalen ein und war einer der Grundsteine antiarmenischer Ressentiments, eine Art aserbaidisches Äquivalent zum armenischen 24. April. Zum offiziellen Tag des Völkermords an den Aserbaidischern wurde hingegen der 31. März erklärt. An diesem Tag im Jahre 1918 wurden bei Straßenkämpfen in Baku 15.000 aserische Zivilisten von russischen Bolschewiki und armenischen nationalistischen Daschnaken getötet.

10 Svante Cornell, Berg-Karabach: Dynamiken und Lösungsmöglichkeiten, in: Dmitrij Furman (Hrsg.), Aserbaidisch und Russland: Gesellschaften und Staaten, Moskau 2001, S. 445 (in russischer Sprache). Im Zusammenhang mit dem Eingreifen russischer Truppen in den Konflikt sei die Operation „Ring“ („Kolzo“) erwähnt, die im Frühjahr 1991 begann. Die von Moskau geleitete Operation wurde von Einheiten der sowjetischen Armee und Elite-truppen des aserbaidischen Innenministeriums ausgeführt. Die Folge der Operation waren die Vertreibung Tausender Armenier aus den Bezirken Schaumian und Geranboi

ße Brutalität zielte wahrscheinlich vorsätzlich darauf ab, die Bevölkerung in Angst zu versetzen, und spielte eine große Rolle bei der erfolgreichen ethnischen Säuberung der besetzten Gebiete in den darauffolgenden Jahren.

Die Nachrichten aus Chodschali waren für die aserische Öffentlichkeit ein Schock; das Parlament zwang Präsident Mutalibow zum Rücktritt. Mutalibow kehrte allerdings nach einem Monat regelrechter Anarchie noch einmal ins Präsidentenamt zurück und konnte sich noch bis Mai an der Macht halten. Dann jedoch musste er nach einem von der Volksfront inszenierten Staatsstreich fliehen. Abulfas Eltschibej wurde Präsident. Zu einem erneuten Regierungswechsel kam es, als die Truppen Armeniens und Karabachs die größtenteils von Aseri bewohnte Stadt Schuscha einnahmen, „das Herz Karabachs“, seine historische Hauptstadt, die für das Nationalgefühl sowohl der Armenier als auch der Aseri von fundamentaler Bedeutung und für die Verteidigung des Gebietes strategisch wichtig ist. Die fast gleichzeitige Besetzung des Latschin-Korridors, der zu Aserbaidshon gehört und Karabach mit Armenien verbindet, löste endgültig die logistischen Probleme der Armenier und war ausschlaggebend für den weiteren Verlauf des Krieges.

Nach der Niederschlagung des aserischen Angriffs im Sommer 1992 im Norden Berg-Karabachs eroberten die vereinigten Streitkräfte von Armenien und Karabach fast das gesamte Territorium der selbsternannten Republik und besetzten im Frühjahr des darauffolgenden Jahres Gebiete in Aserbaidshon selbst mit entweder mehrheitlich aserischer (Fisuli) oder gemischt aserisch-kurdischer (Kelbadschar) Bevölkerung. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen forderte mit seiner Resolution 822 vom 30. April 1993 vergeblich den Rückzug der Armenier aus Kelbadschar mit der Begründung, dass von dort keine Gefahr für armenisch besiedelte Gebiete ausgehe. Die Armenier wollten natürlich ihre Verhandlungsposition für künftige Friedensgespräche mit Aserbaidshon stärken.

Im Juni 1993 bahnte sich ein erneuter Staatsstreich an: Von Gjandscha aus setzte der aserische Oberst Suret Hüsejnow seine „Privatarmee“ – ausgerüstet mit Waffen und Munition des 104. Luftlanderegiments der russischen Armee – in Richtung Baku in Bewegung. Eltschibej floh in sein Heimatdorf in Nachitschewan, jedoch nicht ohne seinen ebenfalls aus Nachitschewan stammenden Landsmann Haidar Alijew – zu Sowjetzeiten Parteichef in Aserbaidshon, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) und KGB-General – dazu aufzufordern, in die Hauptstadt zu kommen. In de Gaulle'scher Manier kehrte Alijew unverzüglich nach Baku zurück. Mit Moskaus Segen handelte er einen Deal mit Hüsejnow aus: Hüsejnow erhielt den Posten des Ministerpräsidenten und wurde gleichzeitig Verteidigungsminister, Alijew selbst übernahm das Amt

nördlich von Berg-Karabach und die Plünderung ihrer Häuser. Die Operation war als besondere „Belohnung“ des Kremls für die „Loyalität“ der aserbaidshonischen Kommunisten gedacht. Sie wurde nach dem Scheitern des August-Putsches in Moskau und der Machtübernahme durch die demokratischen Kräfte um Boris Jelzin in Russland gestoppt.

des Parlamentspräsidenten und wurde damit zum Staatsoberhaupt der Republik. Er kündigte an die Nation zu festigen, eine eigene Armee aufzubauen und den katastrophalen Ruf, den das Land im Ausland hatte, zu verbessern.

Die Armenier nutzten in der Zwischenzeit das innenpolitische Chaos in Aserbaidschan und besetzten ohne nennenswerten Widerstand der demoralisierten aserischen Truppen Schritt für Schritt Agdam, Goradis, Kubatli, Dschebrail und Sangelan und gelangten bis an die aserbaidisch-iranische Grenze entlang dem Fluss Araks, was die iranische Armee dazu veranlasste, den Fluss demonstrativ zu überqueren. Durch die ethnischen Säuberungen und Grausamkeiten in Angst und Schrecken versetzt, flohen die Dorfbewohner noch bevor die armenischen Truppen ihr Gebiet erreichten, Hunderte starben in den Bergen an Entkräftung oder verhungerten. Die Resolutionen 853, 874 und 884 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (Juli, Oktober und November 1993) verlangten den sofortigen und bedingungslosen Rückzug der armenischen Truppen aus den besetzten Gebieten, blieben aber ohne greifbares Resultat. Im Winter 1993/1994 begann die in aller Eile aufgebaute aserbaidische Armee eine umfangreiche, massive Offensive an der gesamten Front, die jedoch nach anfänglichen Erfolgen scheiterte. Zu diesem Zeitpunkt hatte keine der beiden Seiten mehr die Kraft zur Fortsetzung einer offensiven Kriegsführung. Am 12. Mai 1994 wurde in Moskau ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet, das seitdem anhält. Dennoch sterben seither jedes Jahr zwei- bis dreihundert Soldaten und Zivilisten durch Heckenschützen und Minen oder bei gelegentlichen Artillerieduellen.

Der Krieg forderte mindestens 30.000 Opfer, davon etwa 7.000 Armenier; etwa 1.100.000 Menschen, davon mindestens 800.000 Aseri, wurden vertrieben, sieben Bezirke Aserbaidschans, die zusammen 14 Prozent des aserbaidischen Territoriums ausmachen, sind besetzt (Latschin, Kelbadschar, Agdam, Fisuli, Kubatli, Dschebrail und Sangelan). Die Wirtschaft beider Länder war ruiniert. Aserbaidschan und die Türkei halten bis heute eine Blockade gegen Armenien aufrecht, Armenien seinerseits blockiert Nachitschewan. Infolge anhaltender Auswanderung ist die Bevölkerung Armeniens auf zwei Millionen geschrumpft.

Reaktionen aus dem Ausland

Aufgrund des Zeitpunkts seines Auftretens, seines geographischen Umfelds und seiner Bedeutung für die Sicherheit der Region fand der Karabach-Konflikt große Resonanz in der internationalen Diplomatie. Russlands Reaktion war von Anfang an entscheidend. Die Tatsache, dass das russische Innenministerium zunächst nur wenig Interesse an den Entwicklungen an der Südgrenze Russlands zeigte, fiel zeitlich zusammen mit den relativ eigenständigen Aktivitäten einzelner russischer Stellen, insbesondere des Verteidigungsministeriums und der Kommandanten der örtlichen Militärstützpunkte.

Dennoch war Russlands Vorgehen nicht ganz so chaotisch wie es auf den ersten Blick schien. Bereits im Mai 1992 war „eine merkwürdige Serie von Zufällen“¹¹ zu beobachten: „Just nachdem Aserbaidschan sich geweigert hatte, dem Taschkenter Vertrag über kollektive Sicherheit beizutreten, und auch seine Mitarbeit in der GUS ausgesetzt hatte, beschlossen die Armenier innerhalb weniger Tage ihre Offensive in Berg-Karabach, die zur Besetzung der Stadt Schuscha und zur Eröffnung des so genannten Latschin-Korridors nach Armenien führte.“¹² Eltschibej, der für den radikalen Schwenk in der Politik Aserbaidschans verantwortlich war, lehnte die Einrichtung russischer Militärbasen auf dem Territorium der Republik ebenso kategorisch ab wie die Stationierung russischer *Peacekeeping*-Truppen in Karabach. Zur selben Zeit fädelte er den so genannten „Jahrhundertvertrag“ mit führenden westlichen Ölgesellschaften über die Nutzung der gewaltigen aserbaidschanischen Ölvorkommen ein, der Ende Juni 1993 in London unterzeichnet werden sollte. Interessanterweise schloss der Vertrag jegliche Beteiligung russischer (und iranischer) Konzerne aus. Moskaus Interessen in der Großregion Kaukasus-Zentralasien waren damit ernsthaft gefährdet. Am 10. Juni 1993 kam es dann zu dem bereits erwähnten Marsch der Truppen Hüsejnows auf Baku, in dessen Folge der wenig flexible Eltschibej von dem scheinbar pro-russischen Politiker Alijew abgelöst wurde, der sein Land umgehend in die GUS zurückführte und sogar über die Möglichkeit, russische Militärstützpunkte auf aserbaidschanischem Boden zu errichten, mit sich reden ließ.

In Ankara weckte die Entstehung fünf unabhängiger Turkstaaten im Südkaukasus und in Zentralasien zu Beginn der 1990er Jahre geradezu euphorische Hoffnungen. Der ursprüngliche Versuch, stabile Beziehungen zu Armenien zu unterhalten, wich bald der Notwendigkeit, die „aserischen Brüder“ in ihrem Kampf gegen die Armenier zu unterstützen, insbesondere auch deshalb, weil die öffentliche Meinung großen Einfluss auf die Rhetorik und die Denkweise der staatlichen Stellen hatte.¹³ Aber auch pragmatischere Gründe sprachen für engste Beziehungen zu Baku, denn diese sicherten den gewünschten Zugang zum ölfreichen Kaspischen Meer und nach Zentralasien. Als Armenien 1992 Vorbereitungen für einen Angriff auf Nachitschewan traf, drohte Ankara überraschend mit der Anwendung des sowjetisch-türkischen Vertrags von Kars aus dem Jahr 1921, mit dem die Türkei den Status einer Schutzmacht für Nachitschewan (ebenso wie für Adscharien/Georgien) erhalten hatte, und entsandte demonstrativ Streitkräfteeinheiten an die tür-

11 Jan Wanner, *Russische Politik und die Kaukasusregion*, in: Bohuslav Litera/Lubos Švec/Jan Wanner/Bohdan Zilinskyj (Hrsg.), *Russland? Die Beziehungen zwischen den postsowjetischen Republiken*, Prag 1998, S. 120 (in tschechischer Sprache).

12 Ebenda.

13 Kurz nach dem Fall der Stadt Kelbadschar stellte der damalige türkische Präsident Turgut Özal beispielsweise fest, es sei „höchste Zeit, Armenien die Zähne zu zeigen“. Seit der Machtübernahme Robert Kotscharjans in Eriwan im Jahr 1998 bemühen sich die armenische Regierung und die Diaspora um die internationale Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern (1915), was zu einer weiteren Verschlechterung der türkisch-armenischen Beziehungen geführt hat.

kisch-armenische Grenze. Die mit der Karabach-Frage verbundenen internationalen Spannungen erreichten ihren Höhepunkt, als der Oberbefehlshaber der Vereinigten Streitkräfte der GUS, Marschall Schaposchnikow, Ankara für den Fall einer türkischen Militärintervention mit dem dritten Weltkrieg drohte. In den folgenden Jahren begnügte sich Ankara mit der Unterstützung Aserbaidschans auf internationaler Ebene, einer Wirtschaftsblockade gegen Armenien und der Entsendung türkischer Militärausbilder für die aserbaidchanische Armee bzw. mit der Ausbildung aserbaidchanischer Offiziere in türkischen Militärakademien und versucht so, normale Beziehungen zu Moskau sicherzustellen.

Die rapide Verschlechterung der armenisch-türkischen Beziehungen ließ die alten Ängste der Armenier, als „Insel des Christentums“ von feindlichen muslimisch-türkischen Mächten eingekreist zu sein, rasch wieder aufleben. Tatsächlich wurde deutlich, dass die Überlebenschance Armeniens, mit seinen kaum drei Millionen Einwohnern zwischen der Türkei mit 65 Millionen und Aserbaidshan mit sieben Millionen Einwohnern gelegen, im Falle eines größeren Konflikts gelinde gesagt unsicher wäre. In der eingetretenen „geopolitischen Pattsituation“ erschien die politische und militärische Zusammenarbeit – oder besser gesagt der Zusammenschluss – mit Russland unerlässlich. Dementsprechend wurde nahe der armenisch-türkischen Grenze die russische 102. Militärbasis errichtet. Informationen zufolge, die den Medien Ende der 1990er Jahre zugespielt wurden, erhielt Armenien von Russland allein in den Jahren 1996-1998 Militärhilfe in Höhe von einer Milliarde US-Dollar, darunter u.a. das seinerzeit modernste Luftabwehrsystem S-300 sowie Kampfflugzeuge vom Typ MiG-29. Dieser Trend hielt in den folgenden Jahren an.

In Teheran löste die Errichtung eines unabhängigen aserbaidchanischen Staates nördlich des eigenen iranischen (Süd-)Aserbaidshan Sicherheitsbedenken aus, da rund ein Drittel der 70 Millionen Einwohner des Iran ethnische Aseri sind. Die Befürchtung der Iraner, die Existenz eines mächtigen und ölreichen Aserbaidshan mit engen Verbindungen zur Türkei (und in ihrer Wahrnehmung auch zu den USA und Israel) könnte zur Stärkung separatistischer Bestrebungen der iranischen Aseri führen, schien sich durch die unglückliche Ankündigung Präsident Eltschibejs, die „Wiedervereinigung Aserbaidschans“ sei „eine Angelegenheit von höchstens fünf Jahren“, zu bestätigen. Dieses Szenario führte zu der paradoxen Situation, dass der schiitische Iran *de facto* das christliche Armenien im Krieg gegen das schiitische Aserbaidshan unterstützte, während die pragmatisch denkende Teheraner Regierung gleichzeitig unter dem Druck der iranischen Aseri und einer islamistisch gesinnten Öffentlichkeit versuchte, sich als unabhängigen Schlichter und Vermittler darzustellen. In den 1990er Jahren entstand so ein strategisches russisch-iranisch-armenisches Dreieck, das zum Ziel hatte, Aserbaidshan zu isolieren, die Türkei in Schach zu halten und den Einfluss der Ver-

einigten Staaten in der Kaukasus-Region und im kaspischen Raum so weit wie möglich zu reduzieren.

Die US-amerikanische Politik war im ersten Drittel der 1990er Jahre durch Ignoranz und mangelndes Interesse an der vom Krieg zerrütteten Region geprägt, die als legitime Wirkungsstätte Russlands wahrgenommen wurde. Die mächtige armenische (und griechische) Lobby in den Vereinigten Staaten erhielt so die Gelegenheit, die amerikanische Politik in Bezug auf den Karabach-Konflikt und die aserisch-armenischen Beziehungen generell wesentlich mitzugestalten. Im Oktober 1992 bezeichnete der Kongress im Abschnitt 907 des so genannten *Freedom Support Act* Aserbaidschan als Aggressor und verbot jegliche Hilfsleistungen an Aserbaidschan bis zur Aufhebung der Blockade und zur Einstellung des Einsatzes von Gewalt gegen Karabach und Armenien. Seit jedoch im Jahr 1994 endlich der mehrfach verschobene „Jahrhundertvertrag“ unter massiver Beteiligung US-amerikanischer und britischer Ölgesellschaften in Baku unterzeichnet worden war, begann sich Washingtons Haltung allmählich zu ändern. Im selben Jahr wurde der Südkaukasus zur „Zone vitaler Interessen“ der USA erklärt. Im Laufe der 1990er Jahre wertete die Clinton-Regierung ihre Beziehungen zu Aserbaidschan, der Türkei und Georgien auf, um eine alternative Transportroute für kaspisches Erdöl unter Umgehung russischen Hoheitsgebietes zu erschließen (Pipeline-Projekt Baku-Tiflis-Ceyhan). Um den ununterbrochenen Export von Öl aus dem Kaspischen Meer sicherzustellen und den Einfluss Russlands in der Region einzudämmen, drängen die USA nunmehr grundsätzlich auf eine rasche Lösung des Karabach-Konflikts.

*Der Friedensprozess*¹⁴

Unmittelbar im Anschluss an ihre offizielle Unabhängigkeitserklärung traten Armenien und Aserbaidschan der damaligen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) als Teilnehmerstaaten bei. Die KSZE bildete daraufhin die aus 13 Teilnehmerstaaten bestehende so genannte Minsker Gruppe, die sich mit der Beilegung des Karabach-Konflikts befassen sollte. Interessanterweise war dieser Konflikt der erste Fall überhaupt, in dem die Vereinten Nationen einer regionalen Sicherheitsorganisation ein Vermittlungsmandat erteilten. Obwohl die Bemühungen der KSZE/OSZE rückblickend als Fehlschlag bezeichnet werden können, ist es ihr doch mehr als jedem Einzelvermittler – Russland, Iran, Kasachstan, USA usw. – gelungen, ein notwendiges Forum für ständige Verhandlungen zur Verfügung zu stellen. Das Scheitern der OSZE ist einerseits darauf zurückzuführen, dass sie zu

14 Dieses kurze Kapitel erhebt nicht den Anspruch, die Chronologie und Beschreibung der Friedensbemühungen der OSZE im Karabach-Konflikt in vollem Umfang und exakt wiederzugeben, sondern stellt lediglich einen Überblick über die wichtigsten von der OSZE vermittelten Verhandlungsansätze dar.

Beginn weder über genügend Kenntnisse über die Region noch über geeignete Konfliktlösungsmechanismen verfügte. Andererseits lag es aber auch an den diametral entgegengesetzten Standpunkten der Konfliktparteien, Armenien, Karabach und Aserbaidshan. Von Nachteil war darüber hinaus, dass Russland über weite Strecken die Zusammenarbeit in der Minsker Gruppe verweigerte, um eigene Partikularinteressen durchzusetzen.

Obwohl ein Kompromiss zwischen den Konfliktparteien im Laufe der nunmehr dreizehnjährigen Verhandlungen mehrfach greifbar nahe war, kam er entweder aufgrund der hektischen Entwicklungen auf dem Schlachtfeld (1993) oder infolge innerer politischer Veränderungen in einem der beteiligten Länder (Armenien 1998) letzten Endes nie zustande.

Armeniens Ausgangspunkt in den Verhandlungen ist das Recht auf nationale Selbstbestimmung. Da es sich um einen Konflikt zwischen Aserbaidshan und der Republik Berg-Karabach handle,¹⁵ müssten die Verhandlungen zwischen Baku und Stepanakert geführt werden, so der Standpunkt Armeniens. Eriwan macht offiziell geltend, dass es Karabach in den Friedensverhandlungen lediglich vertrete, und betont, dass die endgültige Beilegung des Konflikts von Karabach gebilligt werden müsse; Armenien selbst werde sich mit jeder Lösung, die von Stepanakert akzeptiert wird, einverstanden erklären.

1998 legte Präsident Kotscharjan die Grundsätze für die Verhandlungen fest: a) das nationale Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung Berg-Karabachs, b) Sicherheitsgarantien für die armenische Bevölkerung Berg-Karabachs, was u.a. den Erhalt einer starken Armee und enge Beziehungen zu Armenien bedeutet, sowie c) die sich aus Punkt b) u.a. ergebende Notwendigkeit der ständigen Kontrolle des strategisch wichtigen Latschin-Korridors durch Armenien.

Im Gegensatz dazu beruft Aserbaidshan sich auf das Prinzip der territorialen Integrität und verweist darauf, dass die armenische Nation ihr Recht auf Selbstbestimmung bereits im Staat Armenien verwirklichte. Baku beharrt darauf, dass es einen Krieg gegen Armenien geführt habe (dessen Ursache die militärische Aggression Armeniens war, das einen Teil des aserbaidshanischen Hoheitsgebietes besetzt habe), und weigert sich beständig, Stepanakert (inzwischen umbenannt in Chankendi, wie es ursprünglich mit aserischem Namen hieß) als Verhandlungspartner anzuerkennen, da damit die Legitimität der selbsternannten Republik Berg-Karabach und somit auch ihrer Forderungen anerkannt würden. Als multiethnischer Staat befürchtet Aserbaidshan auch, dass jegliche nennenswerten Zugeständnisse an die Armenier anderen ethnischen Minderheiten, die in den Gebieten längs der aserbaidshanisch-russischen und der aserbaidshanisch-iranischen Grenzen leben (Lesgier,

15 Diese Auffassung steht im Widerspruch zu der öffentlichen militärischen Mobilmachung in Armenien und der direkten Beteiligung der armenischen Armee am Karabach-Konflikt. Interessanterweise hat Eriwan, was seine strategischen Interessen angeht, die Unabhängigkeit Berg-Karabachs nie anerkannt und auch nie versucht, sich mit Karabach zu vereinigen, obwohl der Beschluss des Obersten Sowjet der Armenischen SSR aus dem Jahr 1989 zur Eingliederung Berg-Karabachs nie aufgehoben wurde.

Awaren, Talischen), als schlechtes Beispiel dienen, separatistischen Bestrebungen Auftrieb geben und somit letztendlich sogar zur Auflösung Aserbaidschans als Staat führen könnten.

Die Haltung der Mehrheit der aserischen Bevölkerung – die, wie es scheint, auch die offizielle Haltung Bakus ist – wurde 2001 von Vertretern der wichtigsten Parteien wie folgt zusammengefasst: a) Berg-Karabach soll eine (unter Umständen umfangreiche) Selbstverwaltung im aserbaidshanischen Staatsverbund (unter Gewährleistung der vertikalen Beziehungen zwischen Baku und Stepanakert/Chankendi) zugestanden werden, b) die sieben besetzten Bezirke sind an Aserbaidshan zurückzugeben, c) den aserischen Flüchtlingen ist die sichere Rückkehr in diese Bezirke sowie nach Schuscha zu ermöglichen, d) Baku strebt eine friedliche Lösung des Konflikts an. Sollten die Verhandlungen jedoch scheitern, besteht Baku darauf, sein im Völkerrecht und in der Charta der Vereinten Nationen verankertes Recht auf territoriale Integrität – notfalls auch mit Gewalt – durchzusetzen.

Der Erfolg der Verhandlungen wird zu einem großen Teil dadurch erschwert, dass die allzu optimistischen Hoffnungen der aserbaidshanischen Diplomatie auf eine rasche Lösung an der Realität vorbei gehen. Baku sieht in der kaspischen „Öl-Diplomatie“ durchaus zu Recht ein Instrument zur Schaffung eines geeigneten internationalen Umfelds für die Gespräche mit Eriwan. Dafür ist es u.a. erforderlich, den Einfluss Russlands, des wichtigsten Verbündeten Armeniens, auf die Entwicklungen im Südkaukasus in Grenzen zu halten und sich das Wohlwollen Washingtons zu sichern, da Washington die Macht hat, Armenien zu einer flexibleren Haltung zu bewegen. Tatsächlich ist zumindest ein Teilerfolg dieses Ansatzes darin zu sehen, dass Eriwan und Stepanakert von der internationalen Gemeinschaft gezwungen wurden, ihre ursprüngliche Forderung nach völliger Unabhängigkeit Karabachs zurückzunehmen. Zusammen mit der Aussicht auf Milliarden Petro-Dollars reduziert dies jedoch die Bereitschaft Bakus – als die besiegte Seite –, sich die gegenwärtig eher unglückliche tatsächliche Lage der Dinge und die Notwendigkeit, Kompromisse zu schließen, einzugestehen. Die armenische Seite, die einen klaren militärischen Sieg errungen hat und derzeit die Lage in Karabach und den benachbarten besetzten Gebieten kontrolliert, ist kaum zu Konzessionen nach den Vorstellungen Bakus bereit, obwohl sie begreift, dass Kompromisse notwendig sind.

Ein entscheidendes Hindernis für die Lösung des Konflikts ist die Tatsache, dass es sich auch um einen Wertekonflikt handelt. Während Interessenkonflikte einfacher zu lösen sind, indem man z.B. nach vernünftigen wirtschaftlichen Regelungen sucht, die für beide Seiten vorteilhaft sind, sind Wertekonflikte im Glaubenssystem und in der Identität der Beteiligten verwurzelt. Kompromisse lassen sich daher, wenn überhaupt, nur schwer finden. In der Atmosphäre eines anhaltendes Sicherheitsdilemmas (statt Frieden gibt es nur einen Waffenstillstand) versuchen beide Regierungen, ein gewisses Maß an gesellschaftlicher Mobilisierung aufrechtzuerhalten; die staatliche Propa-

ganda ruft daher immer wieder Erinnerungen an die Misstände und Leiden der Vergangenheit wach und fördert somit eine Kultur der Feindseligkeit und des Starrsinns. Das gilt vor allem für Aserbaidschan, wo die Menschen die militärische Niederlage in Karabach auch heute noch als tiefe Erniedrigung und Schmach empfinden. Unter diesen Bedingungen könnte die Bereitschaft zu Zugeständnissen, die für Kompromisse unerlässlich ist, als Defätismus und Verrat an den nationalen Interessen wahrgenommen werden, was wiederum von ehrgeizigen Oppositionsparteien in beiden Ländern in populistischer Art und Weise missbraucht werden könnte.¹⁶ Aus diesem Grunde versuchen beide Seiten die Verhandlungen unter höchster Geheimhaltung zu führen. So sind seit 1999, als Baku und Eriwan bilaterale Gespräche aufnahmen, nur wenige Informationen an die Öffentlichkeit gedrungen. Das daraus resultierende Fehlen (verlässlicher) Informationen verstärkt nur noch das Gefühl von Angst und Unsicherheit sowohl in der aserbaidchanischen als auch in der armenischen Bevölkerung.¹⁷

Wege zur Beendigung des Konflikts

Die militärische Option

Aserbaidschan erinnert von Zeit zu Zeit an die Möglichkeit einer militärischen Konfliktlösung, vielleicht um Druck auf die armenische Seite auszuüben, vielleicht um der eigenen Öffentlichkeit das ungelöste Problem ins Ge-

16 Der Rücktritt von Lewon Ter-Petrosjan ist ein gutes Beispiel dafür. Der pragmatische armenische Präsident war angesichts der zunehmenden geopolitischen Isolation und der katastrophalen Wirtschaftslage in Armenien bereit, den von der OSZE vermittelten Vorschlag für eine friedliche Lösung (vgl. den Stufenplan im übernächsten Kapitel) zu akzeptieren, wurde jedoch Anfang Februar 1998 auf Druck der größten politischen Parteien, wichtiger Regierungsmitglieder, der Öffentlichkeit und von Angehörigen der Diaspora zum Rücktritt gezwungen. Aus den folgenden Präsidentschaftswahlen ging Robert Kotscharjan als Sieger hervor, der aus Berg-Karabach stammt und zuvor Ministerpräsident und Präsident der Republik Berg-Karabach sowie vor Ter-Petrosjans Rücktritt Ministerpräsident Armeniens war.

17 Gegenstand der Gespräche waren auch Pläne für einen Gebietsaustausch, so z.B. der so genannte Goble-Plan von 1992, der vorsah, den Latschin-Korridor im Austausch gegen den Megri-Korridor, der das aserbaidchanische Kernland mit Nachtschewan verbindet, an Armenien abzutreten. Der Plan wurde von Armenien als „asymmetrisch“ zurückgewiesen, da er für Armenien den Verlust der gemeinsamen Grenze mit dem ihm freundlich gesonnenen Iran im Austausch gegen ein Gebiet, das es ohnehin kontrollierte, bedeutet hätte. Diese Variante wurde dennoch offenbar Bestandteil der weiteren Gespräche (in Form der Gewährleistung freien Verkehrs zwischen Aserbaidschan und Nachtschewan oder aber als Teil eines weiter gefassten Plans). Ein anderes Szenario stellte die so genannte Zypern-Variante dar, d.h. die – den Realitäten entsprechende – Errichtung eines *de-facto*- oder *quasi*-unabhängigen Staates, der jedoch nicht von der internationalen Gemeinschaft anerkannt wird, gleichwohl aber alle Attribute von Staatlichkeit (Staatsgebiet, Staatsvolk, Streitkräfte, Hoheitszeichen wie z.B. eine Flagge etc.) besitzt. Eine solche Konstruktion wird jedoch im Allgemeinen als ein Herd der Instabilität, des Militarismus und der größeren Anfälligkeit der Region für Einflüsse von außen betrachtet und läuft daher den wahren Interessen sowohl Armeniens als auch Aserbaidschans zuwider.

dächtnis zu rufen. Dass ein besieger Staat auf Revanche sinnt, ist nachvollziehbar. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass solche Proklamationen die Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens zerstören, die für erfolgreiche Friedensverhandlungen unerlässlich ist. Darüber hinaus wäre eine Neuaufgabe des Krieges allein schon aus pragmatischer Sicht für die Regierung in Baku derzeit wohl kaum eine Option. Streitkräfte der Karabach-Armee sind bis auf knapp 30 km an die Stadt Jewlach vorgerückt (und sind nicht mehr weit entfernt von Gjandscha, der zweitgrößten Stadt Aserbaidschans). Jewlach ist eine der wichtigsten Verbindungen nach Georgien und damit zum Westen und ist einer der Orte, durch die die im Bau befindliche und von den USA unterstützte Pipeline Baku-Tiflis-Ceyhan verläuft. Die Einnahme dieses Knotenpunktes – ob von Baku provoziert oder nicht – wäre der einfachste Weg, die langfristigen Erwartungen Aserbaidschans zu torpedieren. Es sei auch daran erinnert, dass die armenische Armee noch immer die schlagkräftigste im Südkaukasus ist.

In der Nachkriegszeit wurde Berg-Karabach zu einer gut geschützten Festung, umgeben von mehrfachen Verteidigungslinien und Minenfeldern. Finanziert von der armenischen Diaspora, wurde eine erstklassige Autobahn von Eriwan nach Stepanakert gebaut, die den direkten Transport militärischer Ausrüstung aus Armenien und – was nicht ausgeschlossen werden kann – aus der russischen 102. Militärbasis erlaubt. Bedenkt man die Qualität und den Umfang militärischer Ausrüstung, über die beide Länder, insbesondere jedoch Armenien, verfügen, so wäre ein neuerlicher Krieg wohl ein blutiger, ein totaler Krieg. Stepanakert, Eriwan und Baku wären von Raketenangriffen bedroht. Mit größter Wahrscheinlichkeit würde auch Nachitschewan in den Konflikt hineingezogen, was die Türkei zur Intervention veranlassen würde – und damit wohl auch Russland und den Iran. Die Internationalisierung des Konflikts könnte zu einem gefährlichen regionalen Krieg eskalieren. Baku scheint daher realistischerweise in den nächsten zehn bis 15 Jahren nicht auf eine militärische Lösung hoffen zu können. Gleichwohl kann es eine solche Option in der Zukunft nicht ganz ausschließen und investiert bereits heute einen beachtlichen Teil seiner Profite aus dem Ölgeschäft in die Rüstung.

Die Stufenlösung

Auf der Grundlage der Lissabonner Prinzipien¹⁸ schlug das so genannte „Minsker Trio“ (Frankreich, USA, Russland) im Herbst 1997 einen Stufen-

18 Auf dem Gipfeltreffen der OSZE in Lissabon im Dezember 1996 bestätigten 53 der damals 54 Teilnehmerstaaten, einschließlich der USA, einstimmig – mit Ausnahme Armeniens als 54. Teilnehmerstaat – das Prinzip der territorialen Integrität als eine der Grundlagen der armenisch-aserbaidschanischen Gespräche über den Status Berg-Karabachs. Das Lissabonner Dokument zählt zu den Grundsätzen, „die Teil einer Konfliktlösung in Berg-Karabach sein sollten“, u.a. die „Festlegung des Rechtsstatus von Berg-Karabach in einer Vereinbarung auf Grundlage der Selbstbestimmung, die Berg-Karabach das größtmögliche Maß an Selbstverwaltung innerhalb Aserbaidschans überträgt“. OSZE, Lissabonner Dokument 1996, Treffen der Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten der OSZE

plan, d.h. eine schrittweise Lösung des Konflikts, vor. Demnach sollten zunächst die armenischen Truppen alle besetzten Gebiete mit Ausnahme Berg-Karabachs räumen; gleichzeitig sollte die Blockade Armeniens aufgehoben werden. In einem weiteren Schritt sollte den aserischen Flüchtlingen die Rückkehr in ihre Heimat ermöglicht werden; die Stationierung internationaler *Peacekeeping*-Truppen sollte die Sicherheit in der Region gewährleisten. Erst danach sollten die entscheidenden Gespräche über den Status von Karabach geführt werden. Aserbaidshans erklärte sich *de facto* damit einverstanden, dass Karabach über eine eigene Armee (die jedoch auf eine nationale Miliz nach Beendigung der Verhandlungen begrenzt sein sollte), eine Verfassung, eine Regierung, eine Flagge und alle anderen Attribute der Staatlichkeit verfügen sollte, unter der Bedingung, dass die Republik Berg-Karabach (mehr oder weniger offiziell) als Teil Aserbaidshans auftritt. Baku stimmte zu, Stepanakert lehnte den Plan strikt ab, da es so schon vor den entscheidenden Verhandlungen über den Status von Berg-Karabach seine Trumpfkarte aus der Hand geben würde, aber auch, weil Stepanakert grundsätzlich jede Variante zurückweist, die vertikale Beziehungen zwischen Karabach und Baku vorsieht. Ter-Petrosjans Bereitschaft, diesen Lösungsansatz zu akzeptieren, führte letztlich zu seinem Rücktritt. Der Stufenplan wird von Baku unterstützt.

Die Paketlösung

Die Paketlösung sieht eine allgemeine Übereinkunft über alle anstehenden Probleme gleichzeitig vor, die deren sofortige Lösung ermöglicht. Eine solche allgemeine Übereinkunft wurde bekanntlich bislang nicht erreicht. Einer der bekanntesten und meistdiskutierten Pläne aus einer ganzen Reihe von auf dem Paketlösungsansatz basierenden Vorschlägen ist der so genannte Ansatz des „gemeinsamen Staates“ des ehemaligen russischen Außenministers Jewgeni Primakow und des russischen Diplomaten Boris Pastuchow vom Herbst 1998. Der Vorteil und gleichermaßen der Nachteil dieses Plans lagen in seinem Bemühen, in den Gesprächen und im Text der Dokumente Schlüsselwörter wie „Autonomie“, „Unabhängigkeit“ und „territoriale Integrität“ zu vermeiden, die eng mit Identität zusammenhängen und somit extrem emotional wahrgenommen werden und äußerst schwierig zu verhandeln sind. Die Urheber des Plans wollten gerade mit vagen Formulierungen die verfeindeten Seiten an den Verhandlungstisch bringen und die Gespräche versachlichen. Der hohe Abstraktionsgrad erlaubte allerdings vielfältige Interpretationen und konnte daher keine solide Verhandlungsbasis bieten, sondern führte letztendlich nur zu einer Verzögerung der Verhandlungen.

am 2. und 3. Dezember 1996 in Lissabon, Anhang 1, Erklärung des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1997, Baden-Baden 1997, S. 453-483, S. 466.

Der Ansatz des „gemeinsamen Staates“ ist grundsätzlich gleichbedeutend mit dem Prinzip des freiwillig „assozierten Staates“. (Dasselbe konföderative oder quasi-föderative Prinzip wurde von Moskau für die Gespräche zwischen Georgien und Abchasien sowie Moldau und Transnistrien vorgeschlagen.) Nach diesem Prinzip könnte sich eine separatistische Gebietseinheit dem Zentrum „aus freien Stücken“ anschließen, was aber natürlich voraussetzt, dass es sich ebenso „freiwillig“ wieder loslösen kann (horizontale Beziehungen). Baku wies den Plan daher als gravierende Abweichung von Wort und Geist des Lissabonner Gipfels zurück, Eriwan und Stepanakert bekundeten hingegen ihre Verhandlungsbereitschaft. Eriwan vertritt auch in den heutigen Verhandlungen noch immer das Prinzip des assoziierten Staates und die Paketlösung. Einige Beobachter meinen, Moskaus Plan liege in erster Linie die Motivation zugrunde, den Zustand des „Weder-Krieg-noch-Frieden“ zu erhalten, d.h. sein traditionelles Machtinstrument im Kaukasus im Allgemeinen und in den armenisch-aserischen Beziehungen im Besonderen.

Derzeit befinden sich die armenisch-aserbajdschanischen Gespräche in einer Sackgasse. Baku wirft der Minsker Gruppe Untätigkeit vor und hat seine Drohung, militärisch vorzugehen, wiederholt. Da es angeblich nicht den geringsten Fortschritt gebe, hat Baku vorgeschlagen, mit den Verhandlungen wieder „bei null“ zu beginnen. Eriwan hat den Vorschlag zurückgewiesen, da damit die bisherigen Verhandlungen umsonst gewesen wären.¹⁹ Informationen zufolge, die über die Gespräche hinter den Kulissen zu bekommen sind, ist der Unwillen der aserischen Seite auf die derzeitigen, von der OSZE vermittelten Pläne zurückzuführen, Karabach eine solch umfangreiche „Selbstverwaltung“ zuzugestehen, dass sie sich faktisch von einer Unabhängigkeit nicht mehr unterscheidet. Die Vermittler haben nun die extrem schwierige Aufgabe, eine Art Synthese zwischen der Position Bakus, das es anscheinend ablehnt, Gespräche über „Paketlösungen“ und den Ansatz eines „gemeinsamen Staates“ zu führen und sich auf die Lissabonner Prinzipien beruft, und dem diametral entgegengesetzten Standpunkt Eriwans herzustellen. Die Diskussionen drehen sich natürlich in erster Linie um die Frage nach dem Status Berg-Karabachs und danach, wem der Latschin-Korridor gehört. Durch die strenge Geheimhaltung der Gespräche erhalten Beobachter derzeit jedoch nur ein Minimum an konkreten Informationen und sind mit einem Maximum an sich oftmals gegenseitig ausschließenden Spekulationen konfrontiert.

19 Auf die an den neuen aserbajdschanischen Präsidenten Ilham Alijew gerichtete Forderung Eriwans, „die Übereinkünfte von Paris und Key West [2001, E.S.] zu akzeptieren“, antwortete Alijew: „Es gab und gibt keine Übereinkünfte. Das ist nur wieder ein Lügenmärchen der Armenier.“ Die für März 2004 in Prag geplanten aserbajdschanisch-armenischen Gespräche fanden daraufhin nicht statt. Solche diplomatischen Duelle lieferten sich Baku und Eriwan in den letzten Jahren häufiger. Sie dienen stets einer der beiden Seiten dazu, durch die Rechtfertigung eigener bevorstehender Zugeständnisse den Boden dafür zu bereiten, die Öffentlichkeit über die (angeblich) in der Regel noch größeren Zugeständnisse der anderen Seite zu informieren. Das Ende vom Lied ist, dass die Regierung der Gegenseite dann mit kategorischen Ankündigungen schnell bei der Hand ist, um die eigene Öffentlichkeit zu beruhigen.

Schlussfolgerungen

Ein grundlegendes Axiom der Friedensforschung besagt, dass nicht die Anerkennung des abstrakten Guten, sondern die Erkenntnis, dass es keine Alternative zum Frieden gibt, Konfliktparteien dazu veranlasst, ihre Probleme friedlich zu lösen. Seit kurzem können wir beobachten, dass sowohl Armenier als auch Aseri rationalistisch bestrebt sind, zur Suche nach einer friedlichen Lösung beizutragen. In der Tat ist dauerhafter Frieden für langfristiges Wirtschaftswachstum und für die Gewährleistung eines stabilen Investitionsklimas in der Region, die für die internationale Politik und für die Weltwirtschaft zunehmend wichtiger wird, unerlässlich. Das wird vor allem den Armeniern immer klarer, die infolge des Konflikts mit Aserbaidschan von einer Reihe ehrgeiziger regionaler Projekte ausgeschlossen sind und deren gegenwärtige militärische Überlegenheit nicht auf eigene Stärke, sondern weitgehend auf die Unterstützung Moskaus zurückzuführen ist. Gerade in diesem Konflikt ist eine mögliche friedliche Lösung zwischen Armenien und Aserbaidschan nicht nur die Sache beider Regierungen, sondern muss auch für die wichtigsten externen Akteure, vor allem Russland und die USA, akzeptabel sein. Daher muss jegliche Übereinkunft die oftmals gegensätzlichen geopolitischen Interessen der Großmächte berücksichtigen, was die Suche nach dauerhaften Lösungen weiter erschwert.

Bedauerlicherweise sind die armenische und die aserische Bevölkerung derzeit im Grunde genommen Geiseln ihrer eigenen Regierungen, die eine seltene „Hassprophylaxe“ gegenüber der anderen Seite betreiben, um einen gewissen Mobilisierungsgrad aufrechtzuerhalten. Sie ziehen so eine neue Generation heran, die keinerlei Kompromissbereitschaft mehr zeigt.²⁰ Dadurch schränken die Regierungen ihren eigenen Spielraum erheblich ein: Sollten sie jemals einen Kompromiss erzielen, wird es extrem schwierig sein, diesen der Öffentlichkeit zu „verkaufen“.

Halten die derzeitigen Tendenzen an, werden die hohen Erwartungen der Öffentlichkeit weiter steigen, es sei denn, die Machtkonstellation in der Region verändert sich in absehbarer Zeit drastisch (beispielsweise wenn Russland nicht länger gewillt oder in der Lage ist, die Sicherheit seines Verbündeten im Südkaukasus zu garantieren), so dass eine Seite ihren Willen gegen den Willen der anderen durchzusetzen könnte – oder aber es kommt zu einem grundsätzlichen Wandel im Wertesystem der jeweiligen Gesellschaften.

20 Nach neuesten Meinungsumfragen ist nur ein Prozent der Armenier zu nennenswerten Zugeständnissen gegenüber Aserbaidschan in der Karabach-Frage bereit, rund 50 Prozent der Aseri lehnen jegliche Zugeständnisse gegenüber Armenien ab, rund 40 Prozent der Aseri wären lediglich mit „nebensächlichen“ formalen Konzessionen einverstanden wie z.B. eine (mehr oder weniger umfangreiche) Autonomie Berg-Karabachs im Rahmen eines unabhängigen Aserbaidschan (also *de facto* die Wiederherstellung des Vorkriegsstatus). Nur rund 0,7 Prozent der Karabach-Armenier hingegen würden irgendeine Form der Unterordnung Karabachs unter Aserbaidschan akzeptieren. Dennoch wünscht sich die überwältigende Mehrheit sowohl der Aseri als auch der Armenier eine friedliche Lösung des Konflikts.

Die Erinnerung der Menschen an den Krieg, an das Blutvergießen und das Leid, ist noch immer lebendig. Die „Kriegseuphorie“ gehört der Vergangenheit an, und trotz der staatlichen Propaganda haben die Menschen nur noch den Wunsch, in Frieden, Stabilität und Wohlstand zu leben. Vor allem die älteren Leute erinnern sich noch an das friedliche Zusammenleben zwischen Armeniern und Aseri. Unzählige Beispiele für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen Angehörigen beider Nationen überall, außer in ihren Heimatländern, – in Russland, in Europa und anderswo – illustrieren die paradoxe Situation, dass die Gefühle der einzelnen Menschen nicht von Hass beherrscht werden. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass im Verlaufe des Karabach-Krieges „nur“ 30.000 Menschen getötet wurden und nicht 250.000 wie in Bosnien oder 100.000 wie in Tschetschenien. Die Anzahl derer, die im Krieg Blutsverwandte verloren haben, ist dadurch reduziert. Im Kaukasus ist dieser Aspekt alles andere als unwichtig.

Die Öffentlichkeit muss nun auf die anstehenden Kompromisse vorbereitet werden. Dazu muss eine Atmosphäre der Versöhnung und Vergebung gefördert werden. Nur ein echter und ehrlicher Kompromiss, und nicht ein ohnehin nur vorübergehender Sieg einer der beiden Seiten schafft die Voraussetzung für dauerhaften Frieden – sei er derzeit auch noch so unwahrscheinlich. Käme er nicht zustande, bedeutete dies die Neuauflage revanchistischer Programme.

Was also heute am dringendsten gebraucht wird, ist eine „Therapie“ zur Bewusstseinsveränderung: „Die Selbstwahrnehmung der Menschen ist ein Konstrukt, das von Menschen gebildet und über einen längeren Zeitraum aufgebaut wird [...] Sind sie [diese Identitäten] erst einmal konstruiert, können sie vielleicht tatsächlich nicht mehr *dekonstruiert* werden. Wir können nicht alles, was geschehen ist, vergessen. Wir können nicht ganz von vorn anfangen. Sie können aber, wenn schon nicht dekonstruiert und auch nicht ausgelöscht, so doch *rekonstruiert* werden. Sie können zumindest neu überdacht werden.“²¹ Es liegt auf der Hand, dass ein solcher Prozess nicht nur viele Jahre erfordern würde, sondern auch – wichtiger noch – den politischen Willen, der eine echte Basis für dauerhaften Frieden schaffen würde.

21 So Ronald Grigor Suny anlässlich einer Podiumsdiskussion. Seine konstruktivistisch-modernistische Sichtweise findet sich in: *Negotiations on Nagorno-Karabakh: Where Do We Go From Here?*, Caspian Studies Program, Harvard University, 23. April 2001, Zusammenfassung und Abschrift einer Podiumsdiskussion, S. 4 und S. 15 (Hervorhebungen im Original und vom Verfasser).